

Aufwärt

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Bezugspreis:

Ersteinst wöchentlich sechs Mal. — Preis monatlich 1.25 und
60 Pf. Bestellschein, beim eigenen Postamt bestellt. — Für
Ausland unter Streifenband 1.50 (inkl. Postgeld). Preis der
Einzelnnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67 577.

Anzeigenpreis:

Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig.
Reklame 30 „z. B. Lagen unter 25 g je tausend 15 Pf.
Schluß der Anzeigen: Annahme nachmittags 3 Uhr. Postfach-
konto Hannover 67 577.

Nr. 73.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld) Donnerstag, den 27. März 1930.

12. Jahrgang.

Legt in die Hand das Schicksal dir ein Glück,
Ruht du ein andres wieder fallen lassen:
Schmerz und Gewinn erhältst du Stück um Stück,
Und Tieferecktes wirst du bitter haßen.

Des Menschen Hand ist eine Kinderhand,
Sie greift nur zu, um achlos zu zerstören,
Mit Trümmern überstreut sie das Land,
Und was sie hält, wird ihr doch nie gehören.

W. Raabe.

Umschau.

Stalins Kurswechsel. — Sowjet-Propaganda. — Fiasko in London.

Der russische Kommunismus hat abermals Schiffbruch erlitten. Und wiederum ist es die Kollektivierung, d. h. die Vergesellschaftung der Landwirtschaft, an der die marxistische Wirtschaftspolitik zusammenbricht.

Man hat bekanntlich vor 2 Jahren am grünen Tisch in Moskau einen Plan ausgetüftelt, um die letzten Reste — und es sind noch recht große Reste — der freien russischen Wirtschaft im Laufe von fünf Jahren zu verstaatlichen. Man nannte das Ganze „Fünfjahresplan“. Ganz besonders hatte es Moskau auf die „Kulaken“, d. h. auf die Mittelbauern abgesehen, die in ihrer Verzweiflung der „weiten Leibeigenschaft“ keinen aktiven Widerstand entgegenzusetzen wagten. Außerdem wurden die Gewerkschaften gezwungen, unverzüglich 25 000 Industriearbeiter auf das flache Land zu schicken, um die nötigen Maßnahmen zur Kollektivierung der Bauernschaften zu ergreifen. Ein übriges taten die Kommissare mit ihren schon zugereisten Helfershelfern und vor allem das bäuerliche Proletariat, das man zur Enteignung des Kulakentums, also zu einem offiziell sanktionierten Raubzug gegen den bäuerlichen Besitz mit denkbar bestem Erfolg aufreiste. Leistet ein Kulak Widerstand, dann wird er ohne Gnade und Barmherzigkeit erschossen. Die Witwe Lenins hat kürzlich diese Vorgänge als „die zweite Revolution“ bezeichnet, die „genau so furchtbar sei wie die von 1917“.

Daß es den Volkswissenschaften auf die Existenz und auf das Leben von Millionen und aber Millionen erbarmungslos verfolgter Bauern nicht ankommt, sondern den wirtschaftlichen und physischen Tod der fleißigen und strebsamen „Kulaken“ mit eifrigem Zynismus auf ihr Programm gesetzt haben, geht — um nur ein Beispiel anzuführen — aus einer Rede des Leiters des Parteikomitees der Unterwolgja hervor, die am 7. Februar in der „Pravda“, dem Zentralorgan der Russischen Kommunistischen Partei, zum Abdruck gelangte. Aus dieser Rede seien die nachstehenden Sätze herausgegriffen:

„Es gibt barmherzige Sonderlinge, die sich mehr Gedanken darüber machen, was mit den enteigneten Kulaken und ihren Familien geschehen soll, als um ihre Enteignung selbst und um die dazu notwendige Organisation der ländlichen Arbeiter und der Dorfjungen. Es ist vollkommen klar, daß wir den Kulak — mag er auch enteignet sein — in ein Bergwerk, in eine Fabrik, in ein Kolchos* nicht hineinlassen werden. Darüber hinaus sind wir verpflichtet, Maßnahmen zu treffen, um sie daraus wieder hinauszumerfen, wenn sie es verstanden haben, sich da einzuschleichen. Wir können es auch nicht gestatten, daß die Kulaken auseinanderlaufen, wohin es ihnen beliebt. Wir müssen alle diese Maßnahmen auf die härteste Weise und in kürzester Zeit unter der Leitung der Parteiorganisationen zur Durchführung bringen!“

Das aber bedeutet in jeglicher Beziehung das Todesurteil über den „Kulaken“. Bei alledem darf man sich den „Kulaken“ nicht etwa als einen Mittel- oder Großbauern im deutschen Sinne vorstellen. „Vom Großbauern im deutschen Sinne“, schreibt der bekannte agrarpolitische Auslandskorrespondent Otto Auhagen, „ist der sogenannte Kulak weit entfernt. Nur einen kleinen Teil der „Kulaken“ würden wir als Mittelbauern bezeichnen; zum größten Teil sind sie nach deutschen Begriffen als dürftig lebende Kleinbauern zu betrachten.“ Und ein anderer Sachverständiger — Prof. Boris Brukhus — schreibt: „Es genügt, etwas Land zuzupachten oder etwas Lohnarbeit zu benutzen, es genügt überhaupt, ein drittes Pferd oder eine vierte Kuh sich anzuschaffen, und der Bauer wird von der kommunistischen Behörde in die Klasse der „Kulaken“ eingereiht und samt Frau und Kindern zur „Liquidation“ als Klasse verurteilt. Und „eine Klasse zu liquidieren“ heißt im kommunistischen Jargon nicht nur, sie enteignen, sondern die zu dieser Klasse gehörenden Menschen zum physischen Untergang zu verurteilen.“

* Kollektivisierte Wirtschaft.

Hätte man auf Grund des Fünfjahresplanes ursprünglich damit gerechnet, die Kollektivierung der Landwirtschaft auf einen Zeitraum von fünf Jahren zu verteilen, so haben die brutalen Maßnahmen Moskaus und die Entfesselung des Landproletariats gegen die zu regelrechtem Freiwillig gemordenen Kulaken die Fünfjahresberechnung vollständig über den Haufen geworfen. Bereits nach Ablauf des ersten Planjahres sind nicht weniger als 55 Prozent sämtlicher russischen Bauernwirtschaften kollektiviert gewesen, sodaß bei Einhaltung des bisherigen Entleerungstempes der Herbst dieses Jahres die restliche Kollektivierung der russischen Landwirtschaft ergeben würde. Aber das würde gleichzeitig die Katastrophe Sowjetrußlands bedeuten! Denn die Vergesellschaftung der russischen Landwirtschaft hat bisher nur die übelsten und verhängnisvollsten Auswirkungen für die russische Volkswirtschaft gezeitigt. Nicht nur ist der Viehbestand aufs höchste gefährdet — der Kulak verschleudert zu Spottpreisen oder schlachtet ab, was ihm ja doch in Kürze vom Lose weggetrieben würde —, sondern auch um die neue Aussaat steht es überaus bedenklich, da kein Bauer Interesse daran hat zu säen, was andere ihm nachher vor seinen Augen wegernten. Außerdem hat man das Saatgetreide der Bauern in sehr erheblichen Mengen konfisziert, sodaß Rußland vor der Gefahr steht, daß Millionen und aber Millionen Hektar russischen Ackerlandes infolge Saatgutmangels als Brache liegen bleiben. Mit anderen Worten: Rußland steht vor einer Hungersnot größten Ausmaßes, wenn die Frühjahrssaatkampagne zusammenbricht. Und dieser Umstand ist es vor allem gewesen, der Stalin zu seinem Entschluß bewegt hat, der überflüssigen Kollektivierung des flachen Landes vorerst einen gewissen Einhalt zu gebieten. Aber man würde sicherlich fehlgehen, wenn man in dieser neuesten Maßnahme Stalins etwa einen grundsätzlichen Umschwung in der sowjetischen Wirtschaftspolitik vermuten wollte. Stalin sucht eben mit feinem scheinbaren Entgegenkommen gegenüber den „Kulaken“ dem wirtschaftlichen und damit auch dem politischen Zusammenbruch Sowjetrußlands vorzubeugen, ohne innerlich aber auch nur im geringsten seinen marxistischen Prinzipien untreu geworden zu sein. Die sowjetischen Kollektivierungsarbeiten hat unlängst ein hoher Sowjetbeamter als „einen Wirrwarr und ein Chaos“ bezeichnet, in das man 125 Millionen Bauern hineingestürzt hat. Ob es Stalin angesichts der katastrophalen Ernährungslage Sowjetrußlands gelingt, über dieses Chaos Herr zu werden, wissen die Moskauer Gewalttäter wohl selbst noch nicht.

Wenn Rußland mit inneren Schwierigkeiten zu kämpfen hat, dann pflegt es auch politisch um so lebhafter zu werden, um die allgemeine Aufmerksamkeit von seinen innerpolitischen Sorgen abzulenken. Ein besonders dankbares Feld ist in dieser Beziehung gegenwärtig Indien. Gandhi, der überragende Führer der indischen Freiheitsbewegung, befindet sich auf einer über 100 Meilen langen Fußwanderung zum Meer, um hier in bewußter Verletzung des englischen Satzmonopols* symbolisches, von keiner Steuer erfaßtes Salz zu gewinnen. So erleben wir, wie sich Gandhis Politik von der Gewaltlosigkeit sich allmählich in eine Politik des offenen Widerstandes gegen die wichtigsten Befehle der englischen Krone wandelt. Der Wanderung Gandhis ist ein großer politisch-praktischer Wert wohl schwerlich beizumessen. Zumeist ist die neueste Phase des indischen Freiheitskampfes in ihrer Bedeutung nicht zu unterschätzen, zumal es auch Moskau immer wieder sehr geschickt versteht, die schwelenden Feuer in den asiatischen Randstaaten seinen weltrevolutionären Zwecken dienstbar zu machen. Und gerade Indiens scheint den Sowjets für diese Zwecke ganz besonders geeignet zu sein. Nicht nur baut Rußland vor den Toren Indiens neue Militärstraßen, Eisenbahnlinien, Flughäfen usw., sondern gerade auch in Taschkent — also hart vor der indischen Grenze — befindet sich der Sitz der kürzlich neueröffneten Propagandaschule für Revolution unter den östlichen und farbigen Völkern. Auch die Tatsache, daß in den letzten Wochen nicht weniger als 28 Indier und 3 Engländer wegen Hochverrats im Dienste Moskaus verurteilt worden mußten, beweist blickartig, daß Moskau mit allen Mitteln bestrebt ist, den gegenwärtigen Krisenzustand Indiens im sowjet-imperialistischen Sinne auszunutzen. Wie sehr es den Sowjets um die Aufputschung der farbigen Massen hauptsächlich gegen England zu tun ist, haben kürzlich auch die kommunistischen Unruhen in Australien sowie die ganz offenbar kommunistisch geführten Eingeborenen-Aufstände in Südafrika bewiesen. Auch der Umstand, daß Moskau nicht weniger als 13 Sowjetkonsulate in Persien unterhält (also noch mehr als in Deutschland), sollte zu denken geben. Ebenso

scheint Rußland auch in China seine Hand im Spiele zu haben, wo die Generäle Yen und Feng — genau wie im Vorjahr — das Gerücht verbreiten ließen, sie seien des Bürgerkrieges überdrüssig und möchten sich ins Ausland begeben, um dann plötzlich um so unvermittelter gegen die chinesische Zentralregierung loszubringen.

England erkennt aber die Gefahren sehr wohl, die ihm die sowjetische Propaganda in Australien, in Südafrika, in Ägypten und Indien bereitet. Deshalb möchte es auf der Londoner Flottenkonferenz unter allen Umständen zu einem einigermaßen befriedigenden Ergebnis kommen, um freiere Hand gegenüber all diesen Schwierigkeiten zu gewinnen. Aber mit dieser sogenannten „Abrüstungs“-Konferenz sieht es sehr bedenklich aus. Den Gedanken eines Fünfjahresabkommens (Amerika-England-Japan-Frankreich-Italien) hat man wohl schon so gut wie ganz fallen lassen. Aber auch mit dem Dreimächteabkommen (Amerika-England-Japan) will es nicht recht klappen. Da die Angelegenheiten die Rüstungsfordern der Japaner nicht restlos anerkannt haben, hat sich die japanische Delegation in den Schmollwinkel zurückgezogen. Aber auch England kann die mit Hoover verabredete Rüstungsbeschränkung nicht aufrechterhalten, wenn Frankreich tatsächlich auf seinen maßlosen Rüstungsfordern besteht. Das französische Geschrei nach „Sicherheit“ und „Garantien“ wird von keinem vernünftigen Politiker mehr ernst genommen. Man sieht draußen in der Welt immer mehr ein, welche chauvinistischen Ziele sich hinter diesen abgegriffenen Redensarten der Franzosen verbergen. Schon allein die unzulässige Haltung Frankreichs den italienischen Flottenwünschen gegenüber beweist, daß Frankreich nicht daran denkt, auch nur den geringsten Bruchteil seiner gewaltigen maritimen und militärischen Schlagkraft dem Gedanken der so oft gerade von den Franzosen im Munde geführten „Völkerverständigung“ zu opfern. Vorerst hat sich die französische Delegation von London nach Paris zurückgezogen, um einen besonders scharfen Druck auf die Londoner Konferenz auszuüben. Ob es wegen dieser intransigenten Haltung Frankreichs zum offenen Bruch der Konferenz kommt oder nicht, vermag an dem inneren Fiasko der Londoner „Abrüstungs“-Konferenz nichts mehr zu ändern. Auch die nun doch wieder in Aussicht genommene Rückkehr Briands nach London wird dieses Fiasko nicht mehr zu vertuschen vermögen.

Während bei dieser und anderen Gelegenheiten die weltpolitischen Gegensätze der großen Mächte immer deutlicher in Erscheinung treten, weiß man in Deutschland nichts besser zu tun, als wegen sozialdemokratischer Sonderrücksicht das Verhältnis zwischen Reich und Ländern in einer Weise zu stören, daß auch die letzten Möglichkeiten einer ersprießlichen Politik bei uns im Keime erstickt werden. Kein Wunder, daß das Ansehen Deutschlands immer tiefer im weltpolitischen Kurse sinkt und daß es um unsere Außenpolitik derart trostlos bestellt ist, daß man mit der bedingungslosen Unterwerfung unter das Youngdiktat das Programm der deutschen Außenpolitik quasi als abgeschlossen betrachtet.

S.

Der sozialistische Angriff auf die Länder.

Der Einzug Severings in das Reichsministerium des Inneren hat alle Ausichten einer — den historischen Gelegenheiten Rechnung tragenden — „Reform des Reiches an Haupt und Gliedern“ den Garau gemacht. Damit bleibt er nur in der Rolle einer reaktionären Politik, zu deren besonderer Vertreterin sich die Sozialdemokratie entwickelt hat. Ob es um die Reform der Finanzen oder der Sozialversicherung, ob es um die Neuorientierung der Steuer oder der Wirtschaftspolitik geht — überall ist die Sozialdemokratie der Stein im Wege. Nur in einem Punkte bleibt sie nach wie vor die „freiheitsrevolutionäre“ Partei — wenn es sich nämlich darum handelt, die letzten Reste von Familie und alter Gesittung zu beseltigen und die Grundlagen der christlichen Kultur zu erschüttern — dann gibt sie nur wenig den bolschewistischen Genossen von links nach.

Was die Sozialdemokratie unter „Reichsreform“ versteht, ist in diesen Tagen mit erfreulicher Deutlichkeit enthüllt worden. Herrn Severings Süsfahrt nach Thüringen und der Vorstoß Preußens gegen die kleineren Länder im Reichsrat sind ja in einem innerlich begründeten Zusammenhang zu sehen. Der Angriff gegen den bundesstaatlichen Charakter des Reiches ist eingeleitet. Darüber dürfte heute kein Zweifel mehr sein. Gleich ist damit die Abkehr von allen bisherigen Reformplänen, die mehr oder weniger sämtlich an dem bundesstaatlichen

Aufbau des Reiches festhielten, von den maßgebenden Stellen zugegeben.

Die Initiative in der Reichsreform war bezeichnenderweise schon seit Jahren auf außerhalb der Regierung stehende Gruppen, insbesondere auf den Lutherbund übergegangen. Daneben haben die Länder in dem bekannten Länderausschuß sehr wertvolle Ratschläge und Vorschläge geleistet, die im ganzen zu denselben Ergebnissen wie der Lutherbund gelangte. Im Gegensatz zum Lutherbund haben im Länderausschuß auch Angehörige der SPD als Regierungsgesandte durchaus loyal mitgearbeitet, namentlich der äußerst sachkundige und fähige Vertreter Preußens, Ministerialdirektor Dr. Brecht. Aber mit ihrem Herzen sind seine Auftraggeber und seine Parteigenossen niemals ganz bei der Sache gewesen. Sie beglückwünschten die Länderausschüsse, und sie warteten nur auf eine günstige Konstellation, um an ihre Ausführung zu gehen. Sie scheitert jetzt gekommen zu sein.

Die maßgebenden Ministerien sind in sozialistischer Hand. Für Herrn Severing sind die Ergebnisse des Länderausschusses niemals mehr als Makulatur gewesen. Anders kann man sich seine bisherige Talentslosigkeit jedenfalls nicht erklären. Aber auch Preußen hat sich jüngst in deutlicher Form von ihnen losgesagt, indem es durch den Mund des weiland preussischen Innenministers Orgelsiepe verkündete, daß die Mitarbeit Dr. Brechts im Länderausschuß für Preußen keinen verbindlichen Charakter besäße. Damit war auch hier der Weg frei gemacht, um die erste Gelegenheit zur Durchführung lange gehegter Absichten zu benutzen. Für Herrn Severing bot sie sich in Thüringen. Thüringen ist nur ein Spezialfall in der Reihe der Länder, die in letzter Zeit sich politisch sehr stark nach rechts orientiert haben. Die Sozialdemokratie spürt im Lande draußen einen anderen Wind. Dem gilt es beizugehen, bevor sich die Rechtegruppierungen, die sich allenthalben unter dem Umwachsen der nationalsozialistischen Bewegung entwickeln, weiter ausbreiten und konsolidieren. Das ist der eine Sinn des Kampfes gegen Dr. Frick in Weimar. Der andere liegt auf der finanziellen Seite. Noch niemals ist die finanzielle Lage der Länder auch so schwierig und damit die Existenz, wenigstens der kleineren, so gefährdet gewesen wie jetzt. Wenige Hunderttausend Mark Steueranfall — und sogar ein Land wie Thüringen ist erledigt. Berlin aber, das über den Steuerfächer verfügt, hat damit die Hand an der Gurgel der kleineren Länder. Und auf dem Wege über die Erdrosselung führt die sozialistische „Reichsreform“ zum ersehnten Einheitsstaat.

Die sozialistische Regie funktioniert ausgezeichnet. Braum kann sich freuen. Herrn Severing auf dem Fuße folgte Preußen mit seinem Vorstoß gegen den § 35 des Finanzausgleichsgesetzes im Reichsrat. Herr Dr. Brecht hat ihn ausdrücklich als „Startschuß zur Reichsreform“ bezeichnet. Der § 35 war in der Tat für manche Länder letzte Lebensmöglichkeit gewesen. Er bestimmte, daß die sogenannten Leistungsschwachen Länder, die unter einem bestimmten Durchschnittssatz hinsichtlich der Erträge der Einkommen- und Körperschaftsteuer liegen, nicht 75 Prozent wie die anderen, sondern bis zu 100 Prozent des Aufkommens aus diesen beiden Steuerarten vom Reiche erhalten sollen. Der preussische Antrag im Reichsrat hat den § 35 dahin abgeändert, daß von nun ab mindestens 10 % als Verwaltungskosten dem Reiche verbleiben sollen. Man hat fälschlicherweise die Sonderzuwendungen aus dem § 35 als „Alimente“ bezeichnet. In Wirklichkeit handelt es sich nicht nur um eine moralische, sondern um eine aus der Reichsverfassung fließende rechtliche Verpflichtung des Reiches.

Vom finanziellen Gesichtspunkt aus ist die Verringerung des Finanzausgleiches sowohl für das Reich, wie für die größeren Länder, die angeblich von ihm benachteiligt werden, von durchaus untergeordneter Bedeutung. Im Jahre 1928 hat das Reich nach den Bestimmungen des

§ 35 ganze 40,7 Millionen an sämtliche in Betracht kommenden Länder abgeführt, für 1930 sind 37,7 Millionen vorgesehen. Im Etat des Reiches oder, verteilt, in den Etats der größeren Länder völlig unbedeutend, bilden diese Summen geradezu die Existenzbedingung für eine Reihe kleinerer Länder. Unmittelbar betroffen werden von der Neuordnung: Oldenburg, Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz, Lippe-Deimold und Schaumburg-Lippe. Oldenburg soll anstatt bisher 3,8 nurmehr 3,3 Millionen erhalten, Mecklenburg-Schwerin anstatt 5,8 — 3,5 Millionen Mark, Lippe-Deimold statt 1,36 nur 0,82 Millionen, Mecklenburg-Strelitz an Stelle von 750 000 nurmehr 450 000 Mark und Schaumburg-Lippe statt 418 000 nurmehr 205 000 Mark. Man sieht, es handelt sich hierbei keineswegs nur um „staatsrechtliche Naturschutzgebiete“, sondern auch um zwei Mittelstaaten, die in die größte Bedrängnis geraten. Bezeichnenderweise ist der Antrag Preußens nur von den Hansestädten und von Sachsen unterstützt worden, also von Ländern, die zu den besonders leistungsfähigen gehören und die zudem von einer preussischen Expansion nicht allzu viel zu befürchten haben. Alle anderen Länder haben sich meist aus grundsätzlichen Bedenken äußerst scharf gegen den Antrag gewandt. Denn er muß als unmittelbarer Angriff gegen den bundesstaatlichen Charakter des Reiches empfunden werden.

Die vorgeschlagenen, aber absolut belanglosen finanziellen Auswüchse des preussischen Antrages können ja auch nur schlecht seine wahren Absichten verheimlichen. Der ganze brutale Zynismus neupreussischer Regierungskunst kommt in der Antragsbegründung denn auch zum vollen Vorschein. Demnach „erhält § 35 Gebiete als Staaten hinsichtlich aufrecht, die nach Umfang und Lage zur vollen Erfüllung staatlicher Aufgaben nicht leistungsfähig sind, ohne den Angehörigen des Staates zum Bewußtsein zu bringen, welche Opfer die Aufrechterhaltung einer besonderen Staatlichkeit fordert“, und der preussische Staatssekretär Weismann erklärte ferner: es dürfte künstlich keinen Bürger in Deutschland mehr geben, der nicht zu den Reparationskosten durch direkte Steuern irgendeines Beitrags. Es dürfte diesem Herrn Staatssekretär wohl noch nicht bekannt sein, daß unter den Erfolgen einer Regierungskunst, an der er auch nicht ganz unverantwortlich ist, es ganze Landstriche gibt, die überhaupt nicht mehr in der Lage sind, noch nennenswerte Steuern zu tragen. Und wenn er persönlich seinen Beitrag zu den Reparationen nicht gerade als drückend empfindet, so ist das wohl begreiflich, aber berechtigt noch längst nicht, von anderen daselbe zu erwarten. Aber scheinbar gehört auch dies zur Logik eines sozialistischen Systems, daß Steuern ohne Rücksicht auf die Steuerkraft zu leisten sind.

Das alles sind aber nur Vorwände, um die wahren Absichten Preußens, d. h. hier im wesentlichen der Sozialdemokratie, zu verheimlichen. Die finanzielle Strangulierung der kleineren Länder ist eingeleitet, und ihre Auflösung durch Preußen soll das Endergebnis sein. Die sozialistische „Reichsreform“ ist in Marsch gesetzt. Diese sozialistisch-einheitsstaatlichen Absichten passen auch ganz in die innere Politik des sozialistischen Preußens hinein: Auch hier wird von Tag zu Tag der Zentralismus eines modernen Polizeistaates weiter ausgebildet, ganz im Gegensatz zu den Empfehlungen der Länderkonferenz, die eine Auflockerung des preussischen Staatsgefüges vorschlagen. Zur Durchführung dieses polizeistaatlichen Charakters dienen verschiedene Mittel. Da ist einmal die Personalpolitik, kraft deren man sämtliche Staatsposten bis zum Landrat nur mehr mit gesinnungstreuen Genossen besetzt. Da sind zum andern schon getätigte oder noch in der Planung befindliche Verwaltungsreformen. Die großzügige Eingemeindung im Westen war ja zum guten Teil auch von parteipolitischen Rücksichten getragen. Sie hat jedenfalls ganze Landstriche in die Botmäßigkeit der

Großstädte, praktisch also der linksstehenden Parteien, gebracht und damit näher an die Macht der Berliner Zentrale herangerückt. Aber damit noch nicht genug. Die Selbständigkeit der Provinzen erscheint schon länger durch die Reformprojekte bedroht, und nun soll die Art auch an die Selbstverwaltung der Städte gelegt werden. Den Schandtal der Berliner Stadterneuerung hat die preussische Regierung sofort benutzt, um ohne Befragung irgendeiner der unmittelbar interessierten Stellen oder Behörden einen Gesetzentwurf zur Neuordnung der Berliner Verwaltung auszuarbeiten, der stark an das französische Präfekten-System erinnert. Der Oberbürgermeister als Staatskommissar, das ist das Ende der Selbstverwaltung. Und wie es heißt, soll die neue Städteordnung, die dann für alle Städte gilt, ein ähnliches Gepräge haben. Zur besonderen Charakterisierung dieser Politik gehört, daß der über eine zweifelhafte Geschichte gestürzte Gesetzentwurf Oberbürgermeister der Stadt Berlin werden soll.

Die Marschrouten der SPD sind, wie man sieht, vorzüglich aufeinander abgestimmt. Nach innen wie nach außen. Zentralisation um jeden Preis, Wiederholung aller landwirtschaftlichen und stammesmäßigen Eigenart, das ist der Sinn der sozialistischen „Reichsreform“. Wenn der rote Zar in Berlin befiehlt, muß in der letzten Dörflingstrasse gestanden werden. . . Das Ganze nennt man „Volksstaat“.

Bilanz der Sozialversicherung.

Der Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamtes. Das Reichsversicherungsamt veröffentlicht jedes Jahr seinen Geschäftsbericht für 1929.

Daneben unterlagen 1929 der Unfallversicherung rund 27 Millionen Personen. Hierzu kommen noch die bei den 14 Zweiganstalten der Bauergewerkschaften, der Tiefbau- und der Seebauergewerkschaften versicherten. Der Gesamtaufwand für die Unfallversicherung belief sich im Geschäftsjahr 1929 auf rund 400 000 000 Reichsmark (1928: 377 454 800 Mark). Unfälle wurden 1929 1 491 556 gemeldet (1928: 1 453 286). Die Zahl der erstmalig entschädigten Unfälle betrug 167 781 (1928: 160 303).

In der Invalidenversicherung wurden 1929 460 677 Renten bewilligt und zwar 269 384 Invaliden-, 123 327 Witwen- und 67 966 Waisenrenten. Zugewachsen sind im Jahre 1929 159 446 Invaliden, 26 012 Witwen- und 166 927 Waisen, 1339 Kranken-, 7454 Alters- und 151 Witwenrenten. Nach den vierteljährlichen Nachweisungen der Versicherungsanstalten liefen am 1. Januar 1930 insgesamt 1 998 610 Invaliden-, 20 264 Kranken-, 50 620 Alters-, 486 644 Witwen- und 2304 Waisenrenten, und 690 965 Waisenrenten, im ganzen also 3 249 407 Renten. Etwa 1225 Millionen Reichsmark betrugen 1929 die Gesamtleistungen der Invalidenversicherung (ohne die Leistung an die Versicherungs-träger des Saargebietes).

Trotz der fühlbar werdenden Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Lage gestalteten sich die Beitragsentnahmen im Jahre 1929 noch nicht ungünstig. Sie können mit insgesamt rund 1094 Millionen Reichsmark angenommen werden. Das Geschäftsjahr 1929 wird mit einem geringeren Vermögenszuwachs als das Vorjahr abschließen. Nach den vorläufigen Schätzungen dürfte sich das Vermögen im Laufe des Jahres 1929 um rund 290 Millionen Mark auf etwa 1568 Millionen Reichsmark erhöht haben.

Die Aufwendungen für die Gesundheitsfürsorge stellen gewaltige Leistungen dar, die jährlich wachsen. Die abgeschlossenen und laufenden Heilbehandlungsfälle betrugen 1928 mehr als 375 000. Der Gesamtaufwand erreichte 101 Millionen Reichsmark gegenüber 53,6 Millionen Reichsmark im Jahre 1925 und 41,4 Millionen Reichsmark 1913.

Auch im Jahre 1929 hat die Mehrzahl der Versicherungs-träger erhebliche Mittel für den Wohnungsbau herangezogen.

Gedanken eines Harmlosen.

(Schluß.)

Eigentlich sind die Zustände ja viel ernster, als ich sie hier so „harmlos“ schildere. Das Zahlen von unserer Seite wäre nicht so schlimm, wenn wir es ebenso „dicke“ hätten wie z. B. Frankreich, welches, wie es in Zeitungen behauptet wird, nach Amerika den größten Goldbestand der Welt besitzen soll. Aber tatsächlich verblutet dabei unsere Wirtschaft einschließlich Landwirtschaft. Nun darüber hat der „Aufwärts“ ja öfters und ausführlich berichtet. Wenn jetzt den Meldungen nach die berühmte „Leipziger Messe“ besser abschneidet als in den früheren Jahren, indem die Aussteller zum Teil mit den geschäftlichen Ergebnissen sehr zufrieden waren, ja, eine Firma berichtet, daß sie am Weltmontag so viel Aufträge erhielt wie im Vorjahr während der ganzen Messe, so kann man sich darüber nur freuen. Denken muß ich dabei an den famosen Aman-Allah, der im vorigen Jahr auf der Leipziger Messe auch tüchtig bestellte, dann schloß es aber am Wichtigsten, am klingenden Erfolg. Manche Lieferanten konnten die Ware nicht mehr zurück erhalten und so wurde bei verschiedenen Firmen daraus ein „klagender“ Erfolg. Wir wünschen daher von Herzen, daß bei den Bestellungen auf der Leipziger Messe sich nicht zu viele „deutsche“ Aman-Allahs befinden; denn da ja nicht nur fälschliche Firmen ausstellen, kann man nicht verlangen, daß sie alle so „helle“ waren, die bewußten Aman-Allahs herauszufinden. Jedenfalls klagen in Deutschland die Fabrikanten, daß vielfach von Händlern noch größere Warenlieferungen auf Credit heringenommen werden, wenn sie eigentlich schon zahlungsunfähig sind. Es ist eine gewisse Ähnlichkeit mit unseren Parlamenten zu finden.

Hier kommt mir zum Bewußtsein, daß bei meinen „harmlosen Gedanken“ die Parlamente oder gar Regierungen eigentlich ein bißchen schlecht weg kommen. Es ist doch hoffentlich kein Referat auf den Gedanken gekommen, daß ich „Abgeordneter“ bin und etwa durch „eigenes An-

sehen“ schillere. Ja nicht! Als „Nichtschadmann“ habe ich einen gewissen Respekt vor den „hohen Gärtern“, aber natürlich! Deshalb will ich mir gar kein Urteil bilden, sondern nur wiedergeben, was der polnische Ministerpräsident am letzten Mittwoch in einer großen Senatsrede an Kritik über den Parlamentarismus verzapfte. Er führte nach der „Berliner Börsen-Zeitung“ u. a. aus: „daß in den gebildeten und politisch unabhängigen Kreisen nicht nur Polens, sondern fast aller Staaten der alten Welt die Auffassung immer mehr an Boden gewinnt, daß der politische Parlamentarismus heutiger Prägung sich überlebt habe und nicht mehr fähig sei, die ihm gestellten Aufgaben zu erfüllen.“

Die Demokratisierung des parlamentarischen Systems habe aus dem Abgeordnetenstande, bezogen auf den Volksvertreter einen Verfall gemacht, aus dem jeder einzelne sich festhalte. Aus diesem Grunde kenne der Abgeordnete nur eine Aufgabe und ein Bestreben, nämlich seiner Parteileitung gehorchen zu sein und seine Stimme nach ihren Weisungen abzugeben. Die große Masse der Abgeordneten sei um der großen Vorteile des Parlamentarismus willen willig, sich blindlings und unbesehen in allen Fragen den Parteiführern unterzuordnen. Daraus ergebe sich die allgemeine Pathologie des Parlamentarismus. Der unverantwortlich und unantastbar gewordene Mensch unterliege einer schweren Demoralisierung. Es gebe in der Leitung der Fraktionen Leute, die im Hinblick auf ihre gewaltigen Aufgaben geradezu Analphabeten seien, trotzdem aber politisch führten. Der Staat bedeute wenig, die Partei und ihr Vorteil alles.“

Ich denke, da kann sich jeder Nichtparlamentarier selbst ein Urteil bilden, ob das Gesagte auch für deutsche Verhältnisse zutrifft. Die Volksvertreter werden ja ihr Urteil hoffentlich schon sowieso in der Tasche tragen. Man könnte ja sagen, von Polen kommt doch nichts Gutes. Nun, es scheint mir, wenn ich an das „Polenabkommen“ und an den „Handelsvertrag mit Polen“ denke, doch richtiger zu sein, bei der Frage, ob die Deutschen

oder die Polen sich als die Klügeren zeigen, die Frage lieber offen zu lassen. Wenn ich an Parlament, Parteien usw. denke, kann ich jedenfalls nur den Kopf schütteln, und das will ich mir auch abgewöhnen, ich befürchte nämlich, daß meine Frau bald sagen wird: „Die Zustände sind jetzt so in Deutschland, daß, wenn du über alle unverständlichen Handlungen maßgebender Herren den Kopf schüttelst, so hast du bald einen „permanenten Wechselkopf“. — Aber das muß ich doch sagen, mein Herz ist tief betrübt. Das deutsch-polnische Liquidationsabkommen hat im Reichstag leider eine Mehrheit gefunden. Im Reichsrat wurde das Polenabkommen mit 35 gegen 10 (!) Stimmen angenommen. Ich freue mich, daß von den Vätern außer Mecklenburg-Schwerin meine Heimat Thüringen dagegen gestimmt hat. Ich will hierüber nur noch sagen, daß es bezeichnend ist, daß von den Provinzen der gesamte Osten, wie überhaupt die ländlichen Provinzen geschlossen gegen den Vertrag gestimmt haben, die mehr industriellen Provinzen aber dafür, soweit sie sich nicht der Stimme enthielten. Das sagt genug. Und tatsächlich sind die warnenden Stimmen aus den Kreisen der Landwirtschaft und besonders aus Ostpreußen, in so großer Anzahl und in so eindringlicher und überzeugender Darstellung erhoben worden, daß man die schärfste Anklage erheben muß, weil offenbar nicht wirtschaftliche, sondern parteipolitische Gesichtspunkte bei der Stimmenabgabe maßgebend gewesen sein müssen. Ich gebe hier zunächst die Ausführungen des Vertreters Ostpreußens, Freiherrn von Geyl, im Reichsrat wieder (nach der „Berliner Börsenzeitung“; dieser „begründete“ seinen Einspruch gegen das Polenabkommen mit schweren Bedenken gegen Form und Inhalt dieser Vereinbarung und gegen den verfassungsmäßigen Charakter dieses Gesetzes. An der Form des Abkommens müsse man die vielen Nebenabkommen bemängeln, die zur Folge hätten, daß das Ganze die Größe in diesem Falle besonders notwendige Klarheit und Eindeutigkeit vermissen lasse. Außerdem ständen die Opfer, die der Vertrag dem Deutschen Reiche zumute, in kei-

Bertag

Stotmann

Wie es bei den polnischen Ergebnissen der Verhandlungen nicht gelingen, stände zu bringen zwischen Hoffnungen und Wirklichkeit, fast nicht recht.

Im Moment vorhanden. Wenn London in die polnische Regierung der vorerst „neumodern“ Konfessionsministerielle Ernennung stimmten, sondern Befürchtungen der polnischen Regierung, daß der Konfessionsministerielle Ernennung nicht mit der ferneren Entwicklung der polnischen Regierung zu befürchten ist, hat nämlich eine neue Niederlage in der polnischen Regierung, die abzuwenden im jetzigen Zustand der polnischen Regierung, der polnischen Ministerien, wirken.

Die polnische Regierung hat nämlich eine neue Niederlage in der polnischen Regierung, die abzuwenden im jetzigen Zustand der polnischen Regierung, der polnischen Ministerien, wirken.

Die polnische Regierung hat nämlich eine neue Niederlage in der polnischen Regierung, die abzuwenden im jetzigen Zustand der polnischen Regierung, der polnischen Ministerien, wirken.

Die polnische Regierung hat nämlich eine neue Niederlage in der polnischen Regierung, die abzuwenden im jetzigen Zustand der polnischen Regierung, der polnischen Ministerien, wirken.

Die polnische Regierung hat nämlich eine neue Niederlage in der polnischen Regierung, die abzuwenden im jetzigen Zustand der polnischen Regierung, der polnischen Ministerien, wirken.

Die polnische Regierung hat nämlich eine neue Niederlage in der polnischen Regierung, die abzuwenden im jetzigen Zustand der polnischen Regierung, der polnischen Ministerien, wirken.

Die polnische Regierung hat nämlich eine neue Niederlage in der polnischen Regierung, die abzuwenden im jetzigen Zustand der polnischen Regierung, der polnischen Ministerien, wirken.

Die polnische Regierung hat nämlich eine neue Niederlage in der polnischen Regierung, die abzuwenden im jetzigen Zustand der polnischen Regierung, der polnischen Ministerien, wirken.

Die polnische Regierung hat nämlich eine neue Niederlage in der polnischen Regierung, die abzuwenden im jetzigen Zustand der polnischen Regierung, der polnischen Ministerien, wirken.

Die polnische Regierung hat nämlich eine neue Niederlage in der polnischen Regierung, die abzuwenden im jetzigen Zustand der polnischen Regierung, der polnischen Ministerien, wirken.

Die polnische Regierung hat nämlich eine neue Niederlage in der polnischen Regierung, die abzuwenden im jetzigen Zustand der polnischen Regierung, der polnischen Ministerien, wirken.

Vertagung als Rettung?

Flottentagung der Rettungsboote in London.
— London, 26. März.

Wie es der Londoner Flottentagung nicht gelungen ist, trotz neunstündiger Verhandlung irgend ein positives Ergebnis zu erzielen, so will es jetzt den Führern der Abordnungen trotz aller Anstrengungen nicht gelingen, irgend einen klaren Abschlus zu bringen. Die Stimmung wechselt dauernd zwischen Hoffnung und Niederlagen. Aber der Wechsel vollzieht sich schon so rasch, daß es den Teilnehmern fast nicht mehr möglich ist, mit erklärenden Mitteln rechtzeitig zu folgen.

Am Montag sprach man wieder einmal von noch vorhandenen Möglichkeiten für ein **Klaus-Wahl-Abkommen**. Deshalb? Weil Briand seine **Stille** nach London in Aussicht gestellt hatte und weil die englische Regierung eine Mitteilung verbreiten ließ, nach der vorerst noch keine Vorbereitungen für die Flottentagung der Rettungsboote getroffen würden, weil das Konferenzschiff ja noch nicht zum **Ward** geworden sei.

Möchte es aber noch nicht einmal positive Erwägungen, die die Delegierten zurechtstimmten, sondern nur das beschriebene „Ereignis“ des Besuchs des britischen Oberhofmarschalls bei den Führern der Konferenz, in dessen Verlauf der Oberhofmarschall jeder Abordnung je eine **Grammophon-Platte** mit der Rede des Königs anlässlich der Konferenzöffnung überreichte.

Die wirkliche Lage steht aber in schroffem Gegensatz zu dieser freundlichen Geste. Außerdem hat der französische Außenminister Briand seine für Dienstag angelegte **Presse** nach London wegen der kritischen Lage in Paris verschoben! Das Ministerium Kardien hat nämlich im Auswärtigen Ausschuss und im Senat eine neue Niederlage erlitten, und da eine dritte Niederlage in der Kammer in Aussicht steht, könnte man es verstehen, wenn Briand gegenwärtig in Paris unabsichtlich weilt. Aber für die Flottentagung ist im jetzigen Stadium der Verhandlungen die **Tatsache** der Abwesenheit Briands wichtiger als der Beweggrund, der die Franzosen zum Fernbleiben veranlaßt.

Und so hat man inzwischen doch das erste Rettungsboot flott gemacht. Man denkt daran, die Flottentagung durch eine kurze Vertagung vor dem völligen Zusammenbruch zu bewahren. Der Vorschlag dazu ging von dem italienischen Delegationsführer Grandi aus, der im Verlaufe einer Unterredung mit MacDonald anregte, die Londoner Konferenz auf sechs Monate zu unterbrechen. In der Zwischenzeit sollen Frankreich und Italien den Versuch machen, im Wege direkter Verhandlungen zu einer freundschaftlichen Verständigung zu kommen. Beide Länder sollen ferner die Verpflichtung übernehmen, während der Konferenzpause — in der der Vorsitzende des Kongresses, der englische Ministerpräsident MacDonald, als „**ehrlicher**“ **Moderator** wirken soll —, keine neuen Schiffe zu bauen.

Ueberraschung hat der Vorstoß Grandis nicht hervorgerufen, haben doch die Italiener in den vorausgegangenen Wochen nie ein **Sehl** daraus gemacht, daß ihrer Meinung nach die Unmöglichkeit einer Einigung nur darauf zurückzuführen ist, daß Frankreich es abgelehnt hat, sich vor der Londoner Flottentagung mit Italien grundsätzlich zu verständigen. Wenn Grandi jetzt den Vorschlag unterbreitet, diese Verhandlung nachzuholen und bis dahin die Konferenzarbeiten zu unterbrechen, dann zeigt das eben deutlich, daß man sich in London von der Weiterführung der Verhandlungen auf der bisherigen Grundlage nichts mehr verspricht.

Nun hat Frankreich tatsächlich aber gar keine Vorverhandlungen mit Italien abgelehnt, es hat vielmehr Vorbesprechungen gegeben, nur sind diese gescheitert, weil Frankreich zur Erfüllung der italienischen Wünsche nicht bereit war. Und die Bereitschaft Frankreichs zur Erfüllung der italienischen Wünsche wird sehr wahrscheinlich auch in Zukunft nicht größer sein, als sie in der Vergangenheit gewesen ist.

nem Verhältnis zu den Vorteilen des Abkommens. Der Schutz der deutschen Interessen in Polen werde durch das Abkommen nicht erreicht. Das Wiederkaufrecht der polnischen Regierung auf die Rentengüter werde nur für Erfolgsfälle und nicht bei anderweitigem Übergang deutschen Grundeigentums ausgeschlossen.

Der Vertrag billige stillschweigend die widerrechtlichen polnischen Gewaltmaßnahmen gegen Deutsche. Dieses Abkommen zur Liquidation der Kriegesfolgen werde auf diese Weise leicht zur Liquidation der deutschen Zukunft.

Schließlich verzichte die Vereinbarung zu Ungunsten Deutschlands auf eine materielle Entschädigung, auf die jedoch unser Volk in seiner gegenwärtigen Lage nicht verzichten dürfe. Das Gesetz sei vom Reichstag nur mit einer Mehrheit von 11 Stimmen angenommen worden. Nur 48 Prozent der Reichstagsmitglieder hätten sich für das Gesetz ausgesprochen. Auf alle Fälle sei die Annahme im Reichstag nicht mit der verfassungsmäßigen Mehrheit erfolgt. Der Reichstag halte allerdings den verfassungsmäßigen Charakter des Gesetzes nicht für gegeben. Aber gegenüber dem Gutachten der Regierung über die Verfassungsmäßigkeit ständen Gutachten namhafter Sachverständiger. Zur Klärung dieser wichtigen Frage sei die Einlegung des Einspruchs des Reichsrats unerlässlich.

Es sagt genug, wenn den Zeitungen aus Berlin gemeldet wird:

„Blättermeldungen aus Paris zufolge ist der französische Regierung keine Augenblick zweifelhaft, daß auch das Polenabkommen von Deutschland noch geschluckt werden wird. Man glaubt, der Reichspräsident werde sich noch einen Vortrag des Reichsjustizministers und des Innenministers Severing halten lassen und dann auch das Polenabkommen unterzeichnen. Nach allem, was man bisher erleben mußte, ist anzunehmen, daß die französischen Blätter durchaus recht haben.“ (Unterzeichnung ist inzwischen erfolgt. Die Redaktion.)

Was den Handelsvertrag mit Polen betrifft, so gibt es wohl kaum einen Landwirt, der nicht der Ueberzeu-

Die Hauptstümpertigkeit der Londoner Flottentagung ist also der italienisch-französische Gegensatz, das heißt, der Konflikt des im Aufstieg begriffenen italienischen Volkes mit seinem einstigen Gegner und heutigen neldischen Rivalen, der für seine Vormachtstellung im Mittelmeer fürchtet. Stimmungsmäßig verschärft wurde der Konflikt der beiden lateinischen Nationen“ noch durch die französische Denkschrift, in der alle Staaten aufgeführt wurden, mit denen es nach französischer Ansicht keinen Krieg geben kann, in der aber Italien nicht genannt worden war.

Wenn nun auch Frankreich nicht die alleinige Verantwortung für den Mißerfolg in London trägt, so doch die Hauptverantwortung, indem auch in London Frankreichs Unvermögen zu einer wahrhaft friedlichen Politik und seine Gier nach immer neuen Sicherheiten zur Untermauerung des Versailler Gewaltsystems jeden Fortschritt unmöglich gemacht hat! Und diese Schuld Frankreichs wiegt um so schwerer, als schließlich England bereit war, auf die seit Jahrhunderten ausgeübte Alleinherrschaft zur See zu verzichten!

„Bremen“-Reford unterboten.

Am 26. Minuten! — Das „**Blanc Band**“ geht an die „**Europa**“ über. — Begeisterter Empfang in New York.
— New York, 26. März.

Die „**Europa**“ hat ihre erste Fahrt über den Ozean beendet und ist in New York begeistert begrüßt worden. Die Strecke von Cherbourg bis zum Ambrose-Schiff, der Seemarle für die Erreichung der Fahrtzeit, hat das Schiff in vier Tagen, 17 Stunden und 6 Minuten zurückgelegt. Damit hat die „**Europa**“ die bisher schnellste Ozeanüberquerung erreicht und den Reford ihres Schwester Schiffes „**Bremen**“ noch um 36 Minuten unterboten. Das „**Blanc Band**“ des Ozeans ist nunmehr in den Besitz der „**Europa**“ übergegangen.

Die letzten Fahrtabende wurden in ganz Amerika mit ungeheurer Spannung verfolgt. Sämtliche Zeitungen brachten spaltenlange Berichte über den Stand des Rennens. Ein New Yorker Blatt widmete der Ankunft des Dampfers einen Leitartikel, in dem gesagt wird, die **Tatsache** eines neuen Refordes im Kampf um das **Blanc Band** des Ozeans, sei weniger wichtig, als der Umstand, daß gerade die deutsche **Kriegsindustrie** dieses Wunderwerk der Technik zustande gebracht habe. Andere Blätter wiesen darauf hin, daß der Brand der „**Europa**“ im **Dod** die Meeresreise in den Stand gesetzt habe, die Lehren aus der **Bremens**fahrt für den Bau des neuen Schiffes nutzbar zu machen.

Die Ankunft in New York.

Bei der Ankunft der „**Europa**“ in New York fuhr der deutsche Botschafter, Freiherr von Britzow und Waffron, dem Ozeanriesen auf einem **Postlaster** entgegen.

Die Begrüßung der Besatzung, die durch Mundstut übertragen wurde, verlief herzlich. Botschafter von Britzow und Waffron hielt eine kurze Ansprache, die er, anknüpfend an die Fahrt der „**Bremen**“, mit der Feststellung schloß, die „**Europa**“ habe das alte Wort wahr gemacht; doppelt genötigt hält besser. Namens der Besatzung und der Offiziere erwiderte Kapitän Johnson die Grüße.

Bei der Wertung der Ozeanfahrt muß man berücksichtigen, daß die „**Europa**“ wegen der **Gieberg** Gefahr auf der nördlichen Schiffsroute einen stark **schwierigen** Kurs steuerte — und damit einen längeren Weg zurückzulegen hatte — als die „**Bremen**“. Da auch das Wetter ungünstig war, hat die „**Europa**“ die besten Leistungen, ihren eigenen Reford im Verlaufe der nächsten Fahrten noch zu verbessern. Die deutsche Schiffsahrt aber und die deutsche **Werkindustrie** kann man zu dieser neuen Meisterleistung nur beglückwünschen.

gung ist, daß der Vertrag für Polen wohl Vorteile, für die absterbende deutsche Landwirtschaft dagegen nur Nachteile bringt. In der Hauptsache behandelt der Vertrag landwirtschaftliche Belange. Leider ist wohl nicht zu bezweifeln, daß auch dieser Vertrag zustande kommt (ist bereits geschlossen. Die Red.). Deutscher **Nickel**, was auf Bei der nächsten Wahl müssen andere Gesichtspunkte als die altgewohnte Parteienabhängigkeit maßgebend sein; denn gerade dadurch sind wir dahin gekommen, wo wir uns jetzt befinden, am glücklichen Abgrund. Augen auf! Es gibt gottlob noch Männer in Deutschland, die neue Wege zeigen und darauf kommt es an, nicht auf einen nur anderen, schlimmeren alten Weg.

Dieser Tage ist der größte Deutsche unserer Zeit zu Grabe getragen worden: **Tirpitz**. Ich empfehle, wer sie noch nicht kennt, seine „**Erinnerungen**“ zu lesen, besonders auch die in diesem Buch enthaltenen Briefe während der Kriegszeit an seine Frau. Daß diese Dokumente nicht nach, sondern während des Weltkrieges entstanden sind, macht sie so wertvoll. Ob es wohl noch jemand im großen Generallstab gegeben hat, der sich im August 1914 über den Jubel in Berlin gelegentlich des Falles der ersten belgischen Festung nicht recht freuen konnte, weil er schon damals den falschen Kurs mit seinen Folgen vorausah! Erschütternd geradezu sind seine Klagen darüber, daß er den falschen, aber auch den richtigen Weg sah, und doch „**haltgestellt**“ war. Trotz steter Anwesenheit im großen Hauptquartier konnte er nicht an den Kaiser herankommen! Was wäre geworden, wenn Deutschland als Reichskanzler diesen großen Mann gehabt hätte, statt des „**langen**“ Reichskanzlers!

Der letzte „**Harmlose**“ brachte soviel vom Sparen, bezw. Nichtsparen, daß ich zum Unterschied der genannten Kreisstadt zeigen möchte, daß es auch anders geht. Da ist eine Stadt in Thüringen mit circa 30 000 Einwohnern (übrigens, wie ich mit ein bißel Stolz vermelden, meine Heimatstadt), welche das vergangene Jahr günstig, d. h.

S.-G. Hapag-Elvly.

Die Aufsichtsräte stimmen zu. — Am 15. April Stellungnahme der Generalversammlungen.

— Hamburg, 26. März.

Die Aufsichtsräte der **Hamburg-Amerika-Linie** und des **Norddeutschen Lloyd** haben nunmehr einstimmig ihre Zustimmung zu der Errichtung einer **Arbeits- und Interessengemeinschaft** beider Gesellschaften erteilt. Die Laufzeit des Abkommens beträgt 50 Jahre. Die letzte Entscheidung haben die Generalversammlungen beider Gesellschaften zu treffen, die für den 15. April einberufen worden sind.

Nach Abschluß der Aufsichtsratsitzungen wurde der Presse eine Mitteilung übergeben, die die bereits bekanntgewordenen Einzelheiten des Abkommens bekräftigt. Danach bleiben beide Gesellschaften selbständig. Zur Besprechung gemeinsamer Angelegenheiten treten die Aufsichtsräte zu gemeinsamen Sitzungen zusammen. Der Vorstand beider Gesellschaften soll aus der gleichen Personen bestehen. Die Gewinne werden gleichmäßig verteilt. Die Dienste werden einheitlich geleistet, die Fahrpläne vereinheitlicht. **Klame** und Propagandamaßnahmen erfolgen für beide Gesellschaften gemeinsam. Die Erweiterung bestehender und Aufnahme neuer Schiffsahrtsdienste sowie **Ankauf** und Bau von Schiffen erfolgen auf gemeinsamen Beschluß. Das gleiche gilt für das Verhältnis zu Dritten. Die Annahme von **Passagieren** und Ladung erfolgt durch die Vertretungen beider Gesellschaften für die Schiffe beider Parteien. Gleichzeitig wollen die Gesellschaften in gegenseitiger **Unterstützung** alles tun, um ihre Häfen entsprechend ihrer geographischen und verkehrspolitischen Lage zu entwickeln.

Der Zusammenschluß erfolgt auf der Grundlage absoluter und bleibender **Parität**. Die Parteien sehen ihre **Schiffswerte**, ihre sonstigen **Mittel**, **Ansprüche** und **Pflichten** als durchaus gleichwertig an, so daß auch ein **Austausch** von Schiffen nicht in Frage kommt. Sie verzichten ausdrücklich darauf, während des Vertragsverhältnisses auf **Kosten** des anderen ihre **Position** in irgendeiner Weise zu **härten**. Sinn und Zweck der Vereinbarung ist, den wirtschaftlichen Erfolg einer **Einigung** zu erzielen.

Luftschiffverkehr über den Atlantik.

Der Zeppelin-Dienst Deutschland — Amerika gesichert.

Der Vorsitzende der National City Bank in New York gibt bekannt, daß nach **Külfahrt** **Dr. Goerner** zwischen der Bank und mehreren Firmen ein **Uebereinkommen** über die Errichtung eines **Zeppelin-Dienstes** zwischen Amerika und Deutschland erzielt worden sei.

Bei den beteiligten Firmen handelt es sich um folgende: **Aluminium Corporation of America**, **Good Year Tire and Rubber Company**, **Carbide Corporation**. Auch die **Untergesellschaft** der **General Motors**, **United Aircraft Corporation**, hat die Teilnahme zugesagt.

Wenn auch die Finanzfrage sowie die Beteiligung der einzelnen Fragen noch ungeklärt ist, so steht doch jetzt einwandfrei fest, daß die **Amerikaner** tatsächlich gewillt sind, die Errichtung einer **Luftschiffverbindung** über den Atlantik in Angriff zu nehmen.

Zusammentritt des Landtags.

Beratung der Gewerbesteuerentwürfe. — Am 5. April Beginn der Osterferien.

— Berlin, den 25. März 1930.

Der Preussische Landtag nahm am Dienstag nach mehrwöchiger Pause seine Plenarberatungen wieder auf, doch ist der neue Tagungsabschnitt nur von kurzer Dauer, da am 5. April nach den Beschlüssen des **Landesparlaments** schon die Osterferien beginnen. Auf der Tagesordnung stand zunächst die zweite Beratung der Vorlage, die eine **Verlängerung** der **Gewerbesteuer** bis zum 31. März 1931 vorsieht. Mit der **Verlängerung** verbunden war ein **Antrag** des **Landesparlaments** auf

ohne Defizit abzuschließen wird. Dies ist auch nur möglich, weil der Oberbürgermeister Anfang September alle die Ausgaben einfach gesperrt hat, welche nicht unbedingt zum Leben der Stadt erforderlich waren, trotzdem sie im Etat bewilligt waren. Zu dieser entschlossenen Handlung kam der Oberbürgermeister, weil sich bei einem **Zwischenabschluß** herausstellte, daß die **Steuereingänge** nicht in der veranschlagten Höhe eingingen. Die Stadt hat durch obige Maßnahme etwa 225 000 Mark Ausgaben zurückgehalten, die sonst als Defizit in Erscheinung getreten wären.

Und nun zum Schluß nochmals etwas von der bewußten Kreisstadt mit ihrem Defizit. Da hatte die Mehrheit der lieben Stadtväter voriges Jahr beschlossen, ein **Kreisatorium** (Leichenverbrennungsanstalt) zu errichten, weil sie jedenfalls von der Notwendigkeit desselben, wenigstens für ihren Teil, überzeugt waren. Ich habe mich schon von jeher über diese „**Verbrennungsweltigen**“ gewundert, denn im gewöhnlichen Leben verbrennt man doch nur das, auf was man gar keinen Wert mehr legt. Besagte Stadtväter rechneten nun, daß bei jährlich 100 Einäscherungen zu je 100 Mark, die Unkosten gedeckt würden. **Statte** kaufmännische Rechnung. Da aber nun eine nicht allzuweit abgelegene Stadt für jede Einäscherung nur 27 Mark verlangt, so wanderte manche Leiche nach dort und man mußte feststellen, daß im ersten Jahr nur ungefähr die Hälfte der erhofften Verbrennungen stattgefunden hatte und somit war die Rechnung doch falsch. Genau so wie bei den neuen Steuern, wo auch, weil zu hoch eingelegt, der **Ertrag** in den meisten Fällen weit zurückbleiben wird. Nun halte ich aber im vorliegenden Fall **Vorsicht** für sehr angebracht; denn wie leicht könnte jemand meinen, ob nicht manchmal gerade diejenigen, die durchaus fürs Verbrennen sind, ganz besondere Ursache hätten, sich — begraben zu lassen. —elle—

Einbeziehung der freien Berufe in die Gewerbesteuer und ein Antrag der Regierungsparteien, der verlangt, daß die Gemeinden im Jahre 1931 keine höheren Realsteuergesetze erheben als im Jahre 1929.

3. Lesung des Agrarprogramms.

Auf der Tagesordnung der heutigen Reichstags-Sitzung stand die dritte Lesung der von den Regierungsparteien beantragten Vorschläge über die Weizen, Gerste, Hafer, Raps, Kartoffeln, Weizen, Kleie und Zuder sowie des Gesetzesentwurfes über das Maismonopol. Von den Deutschnationalen und den Bauernparteien lag ein Antrag vor, nach dem künftig ein Teil der Erwerbslosenunterstützung in Kartoffeln und Roggenbrot gezahlt werden soll.

Hg. Jandrey (Dnt.) erklärte, der Reichsernährungsminister Schiele habe sich mit dem landwirtschaftlichen Notprogramm aktiv als Landwirtschaftsminister betätigt. Der jetzige Minister Dietrich treffe nur halbe Maßnahmen. Die Landwirtschaft, namentlich im Osten, stehe vor dem Zusammenbruch.

Hg. Schmidt-Röpench (Soz.) gab eine Erklärung ab, in der die außergewöhnlichen Schwierigkeiten der Landwirtschaft anerkannt werden. Die Notpaupse müsse benutzt werden, um die erforderliche Selbsthilfe einzuführen. Nur unter diesen Gesichtspunkten stimme die sozialdemokratische Fraktion den Vorschlägen zu.

Hg. Dr. Jast (D. Sp.) erklärte, es komme nicht darauf an, Anträge zu stellen, sondern sie durchzuführen. Dieses Durchführen hätten die Deutschnationalen der Deutschen Volkspartei überlassen. In dem Maismonopol werde man keine große Freude haben.

Hg. Dr. Dörmes (Nrt.) nannte die Anträge der Regierungsparteien einen großen Fortschritt, wenn auch nicht alles erreicht sei. Es bedürfe eines konzentrischen Angriffs, um dem Roggen zu helfen. Aber neben den Interessen des Getreidebauers dürfe man die Kleinbauern Interessen nicht vergessen.

Hg. Tautz (Dem.) befürwortete eine Erhöhung des Weizenpreises, um einen Anreiz zum Weizenanbau zu schaffen. Ebenso bedeutsam wie die Preisfrage sei für die Landwirtschaft die Rins- und Steuerfrage. Nicht einseitige Getreidepolitik, sondern Bauernpolitik müsse man treiben.

Hg. Bus (Komm.) verwurft die Vorlage. Hg. Freyde (Wirtsch.) begrüßte den Brief des Reichspräsidenten, der endlich zu großzügigen Maßnahmen für die Landwirtschaft geführt habe.

Hg. Töblich (Christl. Nat. Bauernb.) bedauerte die starke Verzögerung der Lösung der Agrarkrise. Leider werde mit den vorgeschlagenen Maßnahmen das gewünschte Ziel nicht erreicht. Die Verbindung des Getreidepreises mit dem Roggenpreis bedeute geradezu einen Anreiz zur Einfuhr ausländischer Getreide.

Der englische Deereshaushalt, der soeben dem Unterhaus vorgelegt wurde, schließt mit 810 Millionen Mark ab. Ohne internationale Abkommen sind nach Ansicht der englischen Regierung Abhilfe am Deeresetat nicht möglich.

Young-Debatte in Paris vertagt

Rammer-Aussprache erst Donnerstag. — Niederlagen Tardieu im Parlament.

— Paris, 26. März.

Die außerordentlich zugespitzte parlamentarische Lage in Frankreich hat eine neue Verschärfung erfahren. Auf Antrag des Sozialisten Grundbach beschloß der Ausschuss der Kammer, sich ausführlich und in mehreren Sitzungen mit den Gesetzen zur Durchführung der Haager Konferenz zu befassen. Damit erfährt die Beratung der Younggeleise in der Kammer, die ursprünglich bereits am Dienstag beginnen sollte, eine neue Verzögerung. Man nimmt an, daß die Kammer-Aussprache über den Youngplan nunmehr erst am Donnerstag beginnt.

Eine noch schwerere Niederlage erlitt Tardieu im Senat. Die Finanzkommission des Senats lehnte nämlich die von der Regierung angeforderten Kredite mit 14 gegen 12 Stimmen ab. Wenn es nun den Bemühungen Tardieus nicht gelingt, bis zur Beratung der Kreditvorlagen im Plenum sich eine ausreichende Zahl von Stimmenthaltungen zu sichern, dürfte es abermals um die Existenz seines Ministeriums gehen sein.

Sozialisten und Linkerepublikaner in Frankreich für die Young-Gesetze.

— Paris, 25. März. Außer den Sozialisten haben sich am Montag nachmittag auch die Linkerepublikaner dahin entschieden, für die Ratifizierung des Haager Abkommens zu stimmen. Der Präsident hat an alle Mitglieder die Aufforderung gerichtet, sich in diesem Sinne an der Abstimmung zu beteiligen.

Zwei neue Oberpräsidenten.

Für Pommern und Hessen-Nassau. — Weitere Ernennungen bevorstehend.

— Berlin, 26. März 1930.

Das preussische Staatsministerium beschäftigt sich mit der Belegung der vakanten Ober- und Regierungspräsidenten. Es wurden ernannt:

Regierungspräsident von Pommern-Stettin zum Oberpräsidenten von Pommern, Haas-Rönn zum Regierungspräsidenten von Hessen-Nassau. Zu Regierungspräsidenten wurden ernannt für Stettin: Regierungspräsident Simons, für Frankfurt a. O.: Regierungspräsident von Pommern-Sambornen. Als Oberpräsident der Provinz Sachsen wurde Ministerialdirektor Jast in Aussicht genommen, als Regierungspräsident der Oberbairischen von Halberstadt, Weber. Der

Minister des Innern wurde ermächtigt, sich wegen der Durchführung dieser Beschlüsse mit den Provinzialverwaltungen in Verbindung zu setzen.

Von den Neuerannten gehören Oberpräsident Haas und die Regierungspräsidenten Simons und Pfister der Sozialdemokratischen Partei an; Oberpräsident von Sachsen ist Mitglied der Deutschen Volkspartei, Ministerialdirektor Jast — der zukünftige Oberpräsident der Provinz Sachsen — Demokrat.

Deutsche Kolonialgesellschaft u. Naturwissenschaftl. Verein. Berichtigung.

Die Eintrittskarten zu dem am Mittwoch angezeigten Vortrag von Prof. Dr. Hennig kosten für Mitglieder der vereinigten Vereine 0,50 Mk., f. Nichtmitglieder 1,— Mk.

Bethel

— Bethel-Vaubund. Am Sonnabend, den 29. März 1930, nachmittags 3 Uhr ab Bethel, beabsichtigen wir mit der elektrischen Bahn nach der „Siedlung im Lohdrang“ zu fahren, um dort die Aufstellung der neuen Postzellen zu besprechen. Wer sich für unsere Siedlungsarbeit interessiert, ist zur Teilnahme herzlich eingeladen. Bethel, 24. 3. 1930. Der Vorstand.

— Wasserverbrauch! Infolge des sehr regenarmen und schneefreien Winters hat sich der Grundwasserstand in unseren Brunnen seit dem letzten Herbst nicht so verbessert, wie wir gehofft haben, und die Wasserversorgung unserer Anstalten gibt immer noch Anlaß zu sehr ernstlicher Sorge. Sowohl die Anstaltsverwaltungen als auch die Privatfamilien werden deshalb dringend gebeten, den Wasserverbrauch nach wie vor so sehr wie irgend möglich einzuschränken.

Die Aufstellung von Wassermotoren in allen denjenigen Häusern, die aus der Anstaltsleitung mit Wasser versorgt werden, ist bis auf weiteres verboten.

Der Anstaltsvorstand.

— Bei P. v. Bodelschwing ist ein Schirm und ein Handschuh liegen geblieben, abzuholen in der Hauptkassette.

Anzeigen aus Bethel.

— Junges Mädchen sucht Stelle für vormittags von 8 bis 12 Uhr in einem Privathaus in Bethel gegen monatliche Vergütung. Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Blattes u. C. 27.

Es ist einfach verblüffend.

wie schnell und gründlich im Schmutz u. Fett beseitigt!



So urteilt eine erfahrene Hausfrau über IMI, das neue Aufwasch-, Spül- und Reinigungsmittel.

Auch Ihnen leistet IMI gute Dienste. Alles, was schmierig und schmutzig, fettig und ölig ist, säubert IMI schnell und so gründlich, daß Sie überrascht sind, wie schön und reinlich die Sachen aussehen können.

Machen Sie einmal den Versuch! Geben Sie zum Spülen oder Putzen dem heißen Wasser IMI (1 Eßlöffel auf 1 Eimer Wasser) zu. Mit viel weniger Mühe werden Sie viel schneller fertig und verrichten bessere Arbeit. IMI ist so ergiebig und sparsam, daß Sie mit einem Paket für nur 25 Pfennige lange auskommen.



Henkel's Aufwasch-Spül- und Reinigungsmittel FÜR HAUS- UND KÜCHENGERÄTE-ALLER ART



Süli Perle

Sie ernten 2 mal soviel, wenn Sie die beste aller Frühkartoffeln pflanzen. — Süli Perle ist die früheste, gelblich-weiß gefärbte Kartoffel, welche enorm hohe Erträge (bis 300 Ctr. pro Morgen) bringt. — Süli Perle ist das Ideal eines jeden Landwirts und Marktgärtners. — Süli Perle zeichnet sich besonders durch ihre frühe Reife und hohe Ertragsfähigkeit aus. Die länglich runden Knollen sind reichlich und von vorzüglichem Geschmack. Bestes handverleitetes Saatgut. 1 Ctr. 12.50, 1/2 Ctr. 6.25, 1/4 Ctr. 3.12, 10 Pfund 1.56.

Industrie.

anerkannte 1. Abfaat, die beste, reichtragende, gelblich-weiß gefärbte Dauerkartoffel für Pflanzenbau und Winterbedarf. Die bewährtesten Wollkartoffeln. Industrie ist eine unserer beliebtesten und tiefgefrorenen und von feinstem Wohlgeschmack. Industrie bringt höchste Erträge (200 Ctr. pro Morgen ist keine Seltenheit). Prima handverleitetes Saatgut. 1 Ctr. 12.50, 1/2 Ctr. 6.25, 1/4 Ctr. 3.12, 10 Pfund 1.56. Alle anderen Früh- und Spätkartoffeln wie: Kaisertrone, Julinieren, Rindus, blaue Odenwälder, Preußen, Peps, Aptodate per Centner 12.50. Versand per Nachnahme.

Erforbia Samenhaus, Blumenstadt Erfurt 233.

Liebhaver-Photographen

decken ihren Bedarf in der Foto-Handlung König, Bielefeld, Rathausstr. 3. Tel. 955

Zimmer

gut möbliert, heizbar, mit Kochgelegenheit, separat, preiswert zu vermieten. Bastrowstr. 181

Wer würde sich bei Einrichtung eines Museums

mit Kapital beteiligen? Näheres unter A 6361 durch die Geschäftsstelle dieses Blattes.



Rosen.

Für 4.70 den ganzen Garten voller Blumen! Wir liefern 8 Sorten Edelrosen in den schönsten Sorten mit Namen; prima harte Sträucher. 3 Pracht-Blößen in den schönsten Farben 2 wunderbare Duftrosen, alles in prima Qualität und schon in diesem Jahre unermüdet blühend, die ganze Kollektion für nur 4.70. Erforbia Samenhaus, Blumenstadt Erfurt 233.

Schlitt um schlitt. Suche f. m. Haushalt (4 Pers.) gebild. junges Mädchen

v. Lande, kräftig und gesund, zur Hilfe i. H. mit Familienanschluss. Puh- und Waschfrau wird gehalten. Angeb. unter A 6364 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Für christliche autoritative Persönlichkeit

Anfang 40er, die fast 20 Jahre eigene Pension leitete, ebenso lange in der Jugendarbeit tätig war, wird geeigneter Wirkungskreis gesucht: Leitg. eines guten Hauses evtl. auch im Ausland, oder als Reisebegleiterin. Angeb. a. d. Geschäftsstelle d. Bl. unter A 6360.

Durch Kontrolle des vereinigten Chemikers Dr. Bodinus, Bielefeld ist die Echtheit meines

Bienen-Bienen-Honig.

10 Pfd. Dof. 11.20 RM, vorwiegend. Klee-Bindenblüte 12.90 RM, halbe Dof. 6.35 RM u. 7.40 RM, 1/4 Pfd. Dof. 2.05 RM u. 2.30 RM frei Haus. Nachnahme 30 Pfg. mehr. Car. Rücknahme.

Lehrer i. R. Krieger, Borgeln 2, Kr. Soest.

Dieser Honig ist auch in Dphir, vereinigter Verkaufsstellen der Anstalt Bethel, zu haben.

Für ruhigen Schlaf und pünktliches Erwachen sorgt eine gute WECKUHR

H. Breder, Bielefeld Gütersloherstr. 14 / Fernspr. 1012

10 Rosen 4 Mark!

Der Garten gewinnt durch Anpflanzung unserer Rosen. Wir liefern aus kräftigen Pflanzen: Rosenbusch 10 Stück in 10 Sorten RM. 4.—, 25 Stück in 10 Sorten RM. 9.—, 25 Stück in 25 Sorten RM. 10.—, Kleinstrosen in verschiedenen Sorten 1 Stück RM. 0.75, 10 Stück RM. 7.—, 75—100 cm Kronenhöhe, 1 St. RM. 1.75, Rosenbusch 1 v. S. 75—100 cm Kronenhöhe, 1 St. RM. 1.75, 10 St. RM. 17.—, 100—140 cm 1 St. RM. 2.—, 10 St. RM. 19.—, Transversen, 100—200 cm 1 Stück RM. 4.—, Winterharte Rosenbusch, 10 St. in 10 Sorten RM. 4.—, Edelrosen 10 Stück in 10 Sorten RM. 5.—, Jede Pflanze wird pünktlich mit Namen u. Farbennachzeichnung geliefert. Versand nur gegen Nachnahme. Garantie für gute Ankauf. Beste Pflanzenzeit! Je 1/2 er, deutsche besser! Illustrierter Katalog über Rosen, Obstbäume, Stauden, Johannisbeeren usw. mit Kultur- und Pflanzungsanleitung gratis. F. Paulsen G. m. b. H., Baumhäuser Elmshorn, Königsallee 49.

Schriftleitung: W. Kraa, Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Hüttel, Angelegen: R. Diekmann, alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld. Schließfach 28. Für Geldsendungen Postfachkonto: Hannover 67377, „Aufwärts“, Christliches Tagesblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3916, Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.